

Protokoll der Sitzung des JHA
vom 02.02.2017 Zeit: 14:30 Uhr – 18:30 Uhr

Ort: Stiftung Alten Eichen – Plenumsraum, Horner Heerstraße 19

Teilnehmer/-innen und Gäste:

s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Herr Barde

Protokoll: Herr Möller

Bremen, den 03.02.2017

Frau Barbara Suchland begrüßt den Jugendhilfeausschuss in den Räumen der Stiftung Alten Eichen und stellt den Träger kurz vor.

Herr Barde begrüßt Frau Claudia Gerken, die vom Gesundheitsamt Bremen als neues stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss benannt wurde.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit Ergänzungen unter dem TOP Verschiedenes beschlossen.

TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

- Frau Katja Eichler von der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa und vom Europapunkt stellt das Projekt „Europachallenge – 100 Fragen an Europa „vor, welches am 17. März 2017 stattfindet und verteilt entsprechende Informationen. Im Mai wird dem JHA über dieses Projekt berichtet werden können.

- Frau Dr. Rose weist auf die in den dem JHA vorliegenden Unterlagen dargestellten Familienleistungen im Rahmen des Integrationskonzepts des Senats hin und erläutert auf Nachfrage, das Ressort SJFIS beabsichtige, ein weitergehendes Integrationskonzept in der nächsten Legislaturperiode vorzulegen.
- Frau Thoben-Bergmann erläutert eine Stellungnahme des Bündnisses 30% zur Jugendförderung im Haushalt 2018/19. Diese Stellungnahme soll dem Protokoll der Sitzung beigefügt werden.

TOP 3: Protokolle der Sitzungen vom 03.11.2016 und vom 01.12.2016

Das Protokoll der Sitzung vom 03.11.2016 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Das Protokoll der Sitzung vom 01.12.2016 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Top 4: Bremer Initiative zur Stärkung frühkindlicher Entwicklung-BRISE

Frau Dr. Rose stellt an Hand einer Präsentation die im Zusammenhang mit der Bremer Initiative zur Stärkung frühkindlicher Entwicklung (BRISE) geplante Langzeitstudie vor. Sie hebt heraus, dass die Angebotsketten der Förderung sowie deren Effekte untersucht aber auch bereits prozessbegleitend auf der Basis der gewonnen Erkenntnisse Förderketten unterstützende Strukturen entwickelt und umgesetzt werden sollen. Dem Vorhaben wird allgemein hohes Lob ausgesprochen, da es der Zielsetzung folgt, die Förderketten zu systematisieren und verbindlicher zu gestalten, besser aufeinander abzustimmen und Übergänge zu gestalten sowie von wirkungsanalytischen Aspekten begleitet wird. Besondere Anerkennung zollt der Jugendhilfeausschuss Frau Dr. Rose für ihr außerordentliches Engagement in dieser Sache. Frau Dr. Rose ergänzt auf Nachfragen, auch Aspekte der psychosozialen, psychoemotionale und psychomotorischen Entwicklung von Kinder flössen ebenso in die Bewertungen ein wie, durch die Beteiligung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die volkswirtschaftliche Sichtweise.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Frau Pregitzer, Frau Ahrens, Frau Witte, Frau Dr. Rose, Herr Schmitt, Herr Dr. Güldner

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 5: Jugendbericht

Frau Ahrens signalisiert Zustimmung zu Punkt 1. und 2. des vorgelegten Beschlussantrages, schränkt aber ein, dem Punkt 3. nur zustimmen zu können, wenn darunter auch Themen wie Segregation, Armut etc. verstanden würden und Handlungsempfehlungen auch Chancen der Umsetzung eröffnet würden. Herr Goldschmidt empfiehlt für die Vertreter der Jugendverbände eine Konkretisierung des Punktes 3. Des Beschlussvorschlages.

Frau Frank schlägt eine Fokussierung des Berichts auf die Arbeitsfelder Offene Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit vor und kündigt an, in der nächsten Sitzung des JHA Vorschläge für Inhalte, Struktur und weiteres Vorgehen zu unterbreiten. Ferner regt sie an, einen Unterausschuss des JHA für die Begleitung der Erstellung des Jugendberichts zu bilden. Aus aktuellem Anlass weist Frau Frank darauf hin, dass soeben der 15. Kinder- und Jugendbericht, inklusive einer Stellungnahme der Bundesregierung der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und empfiehlt dem JHA zu prüfen, ob er ein Mitglied der Kommission zur Erstellung des Berichts zu einem Vortrag einladen möchte.

Der JHA wird sich in seiner nächsten Sitzung mit den Verfahrensvorschlägen der Verwaltung für die Erstellung des Bremer Jugendberichts befassen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Herr Goldschmidt, Frau Frank, Herr Barde, Herr Dr. Güldner

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass:

1. der Jugendbericht kommunal, also auf die Stadtgemeinde Bremen, ausgerichtet wird;
2. der Jugendbericht zum Ziel hat Handlungsempfehlungen darzulegen; Bestandsaufnahmen sind kurz zu fassen;
3. der Jugendbericht thematisch auf die strukturelle Weiterentwicklung der Jugendförderung in Bremen eingegrenzt wird. Darzulegen ist, wie Jugendförderung zukünftig an den aktuellen Bedürfnissen der Jugendlichen von heute ansetzen kann und dabei insbesondere die Aspekte Gender, Vielfalt und innovative Ansätze berücksichtigt werden können.
4. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung, zur nächsten Sitzung eine thematische Präzisierung sowie einen Verfahrensvorschlag zur Erstellung eines Jugendberichts vorzulegen.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 6: Berichte der Verwaltung:

- **Weitere Berichterstattung zur Personal- und Arbeitssituation im ASD Junge Menschen - mündlicher Bericht**

Herr Diener kündigt an, vierteljährlich dem Jugendhilfeausschuss über die grundlegende Situation und aktuelle Einzelaspekte der Personal- und Arbeitssituation im ASD Junge Menschen zu berichten und die mit dem ersten umfassenden Bericht begonnene Berichterstattung jährlich fortzuschreiben. Er berichtet ferner über die realistische Perspektive, bis zum 01.04.2017 alle vakanten Stellen, insbesondere mit Sozialpädagog*innen im Anerkennungsjahr besetzen zu können. Die Einarbeitung müsse dann natürlich noch erfolgen, aber eine grundsätzliche Stabilisierung der Personalsituation sei nun absehbar. Auf Nachfragen teilt Herr Diener mit, Leistungseinschränkungen, Prioritätensetzungen und bisherige Vertretungsnotwendigkeiten könnten mittelfristig schrittweise abgebaut werden, um zum Normalbetrieb zurückzukehren. Der JHA wird sich im März berichtsweise weiter mit den Themenstellungen, Indikatoren und Kennzahlen für die weitere Berichterstattung, Fallzahlen im Bereich des ASD Junge Menschen und Fachkräftegewinnung beschäftigen.

- **Berichterstattung über das Interessensbekundungsverfahren für das JFH in der Vahr**

Herr Diener erläutert den vorgelegten Bericht und hebt den positiven Verlauf des Verfahrens und das gute Ergebnis hervor. Herr Weigelt bestätigt dieses und teilt mit, der ausgewählte Träger habe sich auf die neuen Rahmenbedingungen eingelassen und sei anscheinend gut auf die Aufgabe vorbereitet.

- **Trägerauswahl für Tagesbetreuung in Mobilbauten**

Herr Jablonski erläutert die dem JHA zur Kenntnis gegebene Deputationsvorlage. Bezüglich im Verlauf des Auswahlverfahrens aufgetretener Unstimmigkeiten auf Grund unterschiedlicher Interpretation bestehender Regelungen sagt Herr Jablonski zu, dass weitere Gespräche zwischen öffentlichem und freien Trägern geführt werden, deren Ergebnisse mitgeteilt werden sollen. Insgesamt ist eine Optimierung der Kommunikation vorgesehen. Herr Barde bittet das Ressort SKB, dem JHA die Protokolle des Unterausschusses der Deputation regelmäßig zur Verfügung zu stellen.

TOP 10: Verschiedenes

- **Elterngeldstelle**

Herr Diener schildert den Sachstand bezüglich der Bearbeitungsrückstände in der Elterngeldstelle. Der bisherige Personalzuwachs entsprach nicht dem durch die gesetzlichen Änderungen im Elterngeld (Elterngeld Plus) eingetretenen erhöhten Arbeitsaufkommen. Die aktuell vorgenommenen Personalerhöhungen werden kurzfristig den Einarbeitungsaufwand erhöhen, dann aber in vollem Umfang wirksam werden, um die Bearbeitungsdauer spürbar zu verkürzen. Es sollen ein Abbaupfad erarbeitet und durch eine publikumsfreie Woche und Wochenendarbeit die Rückstandsbearbeitung intensiviert werden.

- **Sitzungstermine**

Der JHA beschließt den 13.04. und den 22.06.2017 als weitere Sitzungstermine.

- **Geschlossene Unterbringung**

Frau Dr. Rose teilt mit, der Senat habe sich erneut mit dieser Thematik und insbesondere mit

- mit der Entwicklung intensivpädagogischer Maßnahmen
- mit der Errichtung einer Einrichtung zur Haftvermeidung
- mit der Zeitplanung für die Errichtung der geplanten fakultativ geschlossenen Einrichtung sowie mit der Baureifmachung des vorgesehenen Grundstücks

beschäftigt.

Dem JHA wird weiter berichtet werden.

für das Protokoll:

Arnd Möller

Stellungnahme zur Jugendförderung im bremischen Haushalt 2018/19



Mit dem Bremer Haushalt 2016/17 wurde nach Jahren der kalten Kürzungen in der Jugendarbeit endlich eine dringend notwendige Budgeterhöhung verabschiedet. Damit wurde der Beschluss des Jugendhilfeausschuss vom November 2014 umgesetzt, die Stadtteilbudgets für die offene Jugendarbeit um 3,5% zu erhöhen. Diese Budgeterhöhung diente der Kompensation gestiegener Kosten und war für viele Träger ein längst überfälliger Schritt zur Absicherung der bestehenden Angebote. Doch noch immer fehlen den Trägern Programm Gelder und Gelder für die Deckung der Fixkosten ihrer Einrichtungen und Projekte. Auch war diese Mittelerhöhung nicht ausreichend, um alle bestehenden Angebote finanziell abzusichern. So kam es trotz der Erhöhung erneut zu Angebotsreduzierungen. Dies zeigt, dass viele Stadtteilbudgets weder bedarfsgerecht noch auskömmlich ausgestattet sind.

Warum ist eine erneute Erhöhung aus fachlicher Sicht notwendig?

Dabei ist die soziale Schieflage in Bremen prekärer als je zuvor. Regelmäßig belegen Bremer Schüler_innen im Bildungsvergleich die letzten Plätze. Jedes dritte Kind und jeder dritte Jugendliche in Bremen wachsen in Armut auf. Die Jugendarbeitslosenquote lag mit 9,7% im Jahr 2016 weit über dem Bundesdeutschen Durchschnitt von 5,4%.¹ In kaum einem anderen Bundesland ist die soziale Ungleichheit so groß wie in Bremen. Mehr und mehr nutzen rechtspopulistische, rechtsextreme und undemokratische Parteien und Organisationen diese zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit zu ihren Zwecken. Grundfesten der Demokratie geraten dabei immer mehr unter Beschuss, während gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bis in die Mitte der Gesellschaft reicht.

Was kann Jugendarbeit leisten?

Jugendarbeit ist eine wichtige Säule der informellen Bildung. Außerschulische Settings, peer to peer education und gezielte bildungspolitische Angebote in Freizeits oder Jugendverbänden bilden ein unverzichtbares Komplementär zur schulischen Bildung und können eine sinnvolle Ergänzung zum schulischen Ganztags liefern – allein es fehlen oft die Möglichkeiten.

Jugendarbeit wirkt sozial ausgleichend, indem gerade auch jungen Menschen Teilhabechancen gegeben werden, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung oftmals davon ausgeschlossen sind. Durch ihre Prinzipien Freiwilligkeit und Partizipation schafft Jugendarbeit unverzichtbare Räume für demokratische Aushandlungsprozesse und Erfahrungen. So werden jungen Menschen Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe gegeben.

Die Qualität von Jugendarbeit liegt dabei zweifellos in der Beziehungsarbeit und somit in ihrer langfristigen Wirkung – insbesondere in der Förderung von Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Diese Qualität lässt sich jedoch nicht in Teilnahme- oder Besuchsstatistiken von Angeboten messen, sondern drückt sich vielmehr in der Zustimmung zu demokratischen Grundprinzipien und einer vielfältigen Gesellschaft aus. Nicht ohne Grund ist nach Ende der nationalsozialistischen Diktatur 1945 ein wesentlicher Bestandteil der Demokratisierung der Ausbau von Kinder- und Jugendarbeit gewesen.

Vor dem oben beschriebenen Hintergrund wäre es unverantwortlich, auf angebliche haushaltspolitische Sachzwänge wie „Haushaltsnotlage“ zu verweisen und gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber der Jugendarbeit zu negieren, während z.B. der geplante

¹<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73091/umfrage/bundeslaender-im-vergleich---junge-arbeitslose/>
(aufgerufen am 31.01.2017)

Ausbau von Straßenbahnlinien und anderen (baupolitischen) Großprojekten eindrucksvoll die gestalterische Handlungsfähigkeit des Bremer Senats und seine Prioritätensetzung dokumentiert.

Wofür fehlt Geld?

Die Budgeterhöhung für die Jugendarbeit im Doppelhaushalt 16/17 darf nur ein erster (zweifelloser wichtiger) Schritt gewesen sein. **Für den Doppelhaushalt 2018/19 fordert das Bündnis 30%:**

Integrationsbudget erhöhen und verstetigen

Mit Hilfe des Integrationsbudgets sind in der Jugendarbeit sinnvolle Projekte gefördert worden. Doch ist das Budget in 2017 nicht in derselben Höhe wie 2016 fortgeschrieben worden, mit dem Ergebnis, dass Projekte, die mit viel Engagement angeschoben wurden, bereits wieder eingestellt werden mussten. Integration ist jedoch eine Querschnittsaufgabe, die nicht am Ende eines jeden Haushaltsjahrs beendet ist. Hier braucht es Kontinuität. Die Angebote müssen verstetigt werden, indem das Integrationsbudget der Regelförderung zugeschlagen wird. Auf diese Weise würden Ressourcen, die in Verwaltungstätigkeiten, wie Mittelbeantragung fließen wieder für pädagogische Zwecke frei.

Zentralitätsbudget einrichten und bedarfsgerecht ausstatten

Die Mittelverteilung nach Sozialindikatoren vermag es zwar, gezielt in strukturell benachteiligte Quartiere umzuverteilen und dort zu einem sozialen Ausgleich beizutragen, doch bleiben beliebte Aufenthaltsorte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in stadtzentraler Lage, wie das Viertel oder die Innenstadt, dabei ebenso unberücksichtigt wie inhaltliche Schwerpunktsetzungen für bestimmte Zielgruppen oder besondere Bedarfe (z.B. Mädchentreffs), die nur auf Kosten der Stadtteilbudgets möglich sind. Daher fordern wir das Budget für stadtzentrale Angebote wie es im Rahmenkonzept vorgesehen ist, bedarfsgerecht auszustatten, um gezielt inhaltlich als auch sozialräumlich nachsteuern zu können.

Budget für die Kooperation Jugendarbeit und Schule

Die Kooperation von Jugendarbeit und Schule ist im Rahmenkonzept der offenen Jugendarbeit als Aufgabe für die Träger der Jugendbildung und der offenen Jugendarbeit beschrieben. Bereits 2009 wurde von beiden zuständigen Ressorts Bildung und Soziales eine Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Jugendarbeit und Schule geschlossen. Weder die eine noch die andere Rahmenvereinbarung ist mit zusätzlichen Mitteln hinterlegt worden.² Um eine Antwort auf die oben beschriebenen gesellschaftlichen Problemlagen entwickeln zu können, fordern wir dringend, ein zusätzliches Budget für gemeinsame Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren fordern wir:

- **Sanierung der Einrichtungen**
- **Zusätzliche Mittel für Mobilitätsangebote**
- **Zusätzliche Mittel für zunehmende Verwaltungstätigkeiten**
- **Umsetzung des Senatsbeschluss Erstellen eines unabhängigen Jugendhilfeberichts**
- **Stadtteilkonzepte**
- **Keine Kürzung der Jugendverbandsmittel in Bremerhaven**
- **Erhöhung der Jugendverbandsmittel**



²Siehe hierzu auch die Stellungnahme von Bündnis 30 und LAG Schulsozialarbeit vom Februar 2017